

1. Beschreiben Sie sich in 5 Sätzen.

Ich bin Katrin Werner, 48 Jahre als, alleinerziehende Mutter und gelernte Kauffrau im Einzelhandel. Ich kam 2003 nach Trier, habe DIE LINKE. Trier mit aufgebaut und saß für meine Partei auch im Stadtrat. Seit 2009 bin ich für DIE LINKE im Bundestag und bin seit 2017 Familienpolitische Sprecherin, Seniorenpolitische Sprecherin und Sprecherin für Bürgerschaftliches Engagement der Linksfraktion. In Trier bin ich unter anderem als Vorsitzende des Vereins „Für ein Buntes Trier – Gemeinsam gegen Rechts e.V.“ in der Arbeit gegen rechts aktiv, unterstütze das Bürgerbegehren „Exhaus bleibt“ und engagiere mich in der KG Trier-Süd.

2. Wann und warum wurden Sie politisch aktiv und weshalb haben Sie sich für diese Partei entschieden?

Ich wurde 1990 Mitglied in der Initiativgruppe der PDS, um für eine gerechtere Welt einzutreten. Die PDS und heute DIE LINKE vertrat bzw. vertritt als einzige Partei im Bundestag einen konsequenten friedenspolitischen Kurs und eine entschiedene Sozialpolitik. Wir treten für eine humane Asylpolitik ein. „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ – das ist für mich der Grundsatz einer gerechten Gesellschaft. Und DIE LINKE verfolgt dieses Ziel.

3. Wie möchten Sie in den Bürgerdialog treten, wenn Sie in den Bundestag gewählt werden? Und wie möchten Sie insbesondere die Jugend erreichen?

Bürger:innen können gerne jederzeit mein Büro kontaktieren oder mir auf meinen Social Media Kanälen folgen. Ich bin häufig in Trier unterwegs und komme besonders gerne mit den Menschen persönlich ins Gespräch.

4. Wie stehen Sie zu Minijobs und halten Sie eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12€ für die kommende Legislaturperiode realistisch?

Ich halte eine Anhebung des Mindestlohns auf 13 € für notwendig. Nur so ist es möglich, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Minijobs sollten soweit möglich durch sozialversicherungspflichtige Arbeit ersetzt werden. Damit sind die Menschen besser abgesichert. Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmer:innen nur mit mehreren Jobs über die Runden kommen können. Zurzeit sind auch viele Ältere und viele junge Menschen, gerade Azubis oder Student:innen auf einen Minijob angewiesen. Darum brauchen wir eine Mindestrente von 1.200 €, um Altersarmut zu verhindern, sowie ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG und eine Mindestausbildungsvergütung, von der man eigenständig leben kann.

5. Wie möchten Sie sicherstellen, dass unsere und künftige Generationen eine ausreichende Rente erhalten?

Wir wollen, dass alle in die Rentenversicherung einzahlen, also auch Selbständige, Beamte und Abgeordnete. Zudem wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen. Wer bis zu 7.100 € brutto verdient, zahlt für diesen Betrag in die Rente ein. Alles, was darüber liegt, ist von der Rente ausgenommen. Das ist ungerecht und entzieht der Rente eine Menge Geld. Große Einkommen werden dadurch entlastet, während die kleinen voll belastet werden. Mit diesen Maßnahmen können wir die Rente auf ein sicheres Fundament stellen.

6. Was wollen Sie konkret tun, damit sich junge Menschen (z.B. Auszubildende, Studierende, einfache Angestellte) eine Wohnung oder gar ein Eigenheim in den Städten unseres Wahlkreises künftig wieder leisten können, damit Sie nicht gezwungen sind ihr soziales Umfeld zu verlassen?

Wir wollen einen Mietendeckel im gesamten Bundesgebiet möglich machen. Unser Ziel: die Explosion der Mieten nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. Besonders hohe Mieten müssen abgesenkt werden.

Die Mietpreisbremse der Regierung funktioniert nicht. Wir unterstützen die Kampagne »Mietenstopp« und fordern bundesweit überall dort, wo es einen angespannten Wohnungsmarkt gibt, einen Mietenstopp für bestehende Mietverträge. Dort müssen die Mieten eingefroren werden. Kommunen sollen ermächtigt werden, einen angespannten Wohnungsmarkt festzustellen.

Der soziale Wohnungsbau muss in Schwung kommen. In den letzten 15 Jahren hat sich die Zahl der Sozialwohnungen fast halbiert. Bund und Land müssen hier mehr investieren. Darum fordern wir 15 Milliarden Euro im Jahr für den Wohnungsbau.

7. Nennen Sie drei konkrete Maßnahmen, wie Sie den ländlichen Raum als attraktiven Lebensraum für die Zukunft gestalten möchten?

Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen, besser takten und kostenlos ausgestalten. Es kann nicht sein, dass man von manchen Orten nicht wegkommt, wenn man kein Auto hat. Für viele junge Menschen beeinträchtigt das z. B. die Wahl des Ausbildungsplatzes und den Kontakt zu Freund:innen erheblich.

Wir wollen schnelles Internet und einen massiven Ausbau des Mobilfunknetzes gerade im ländlichen Raum. Es gibt immer noch Haushalte in Rheinland-Pfalz, die zu Hause keinen Handyempfang haben. Internet und Mobilfunk müssen Teil der Grundversorgung werden und von der öffentlichen Hand betrieben werden. Die jetzige privatwirtschaftliche Struktur der Netze führt dazu, dass in manchen Regionen mehrere Betreiber Netze unterhalten, während andere Regionen praktisch abgeschnitten sind. So werden wir digitales Entwicklungsland bleiben.

8. Wie möchten Sie dem Fachkräftemangel entgegenwirken und Berufsausbildungen bewerben?

In der Pflege und in den Kitas sind die Arbeitsbedingungen nicht attraktiv. Es gibt zu wenig Personal, was auch mit der schlechten Finanzierung zusammen hängt. Wir wollen Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Kitas besser finanzieren. So wollen wir das bisherige System der Krankenhausfinanzierung über sogenannte Fallpauschalen abschaffen. Die Löhne wollen wir anheben und neue Stellen schaffen. Attraktive Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung wären eine wichtige Werbung für diese Berufe.

Wir wollen die Berufsausbildung stärken. Unternehmen, die nicht ausbilden, sollen eine Ausbildungsumlage bezahlen, um die Betriebe, die ausbilden, mitzufinanzieren. Wir brauchen eine Übernahmegarantie nach der Ausbildung und eine Mindestausbildungsvergütung, die ein Leben unabhängig von den Eltern ermöglicht. Die Mitsprache von Azubis im Betrieb muss gestärkt werden. Wir wollen einen Berufsbildungspakt, damit längst überfällige Investitionen für gute Qualität an beruflichen Schulen getätigt werden.

9. Wie kann man den geringen Teilhabechancen von Kindern aus einkommensschwachen Familien entgegenwirken?

Wir brauchen eine Kindergrundsicherung und ein höheres Elterngeld. Dadurch müssen tatsächliche Bedarfe, wie z. B. Klassenfahrten oder IT-Ausstattung abgedeckt sein. Darüber hinaus brauchen wir eine Schule für alle. Die Aufteilung auf verschiedene Schulformen führt zu Ungleichheit, weil Kinder aus reicheren Familien eher aufs Gymnasium kommen als Kinder aus ärmeren Familien. Darum brauchen wir eine Schule, auf der alle die Förderung erhalten, die sie brauchen.

Aber wir müssen noch deutlich mehr tun. Der ÖPNV muss perspektivisch kostenlos werden, um allen Mobilität zu ermöglichen. Durch bezahlbaren Wohnraum muss die Verdrängung ärmerer Menschen aus den Städten unterbunden werden. Und es müssen Freizeit- und Kulturangebote in öffentlicher Hand geschaffen werden, die kostenlos zugänglich sind.

10. Für welche konkreten Maßnahmen möchten Sie sich einsetzen, um dem Klimawandel entgegenzuwirken? Vor allem in Bezug auf die Zukunft der Industrie?

DIE LINKE will den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen und die Erneuerbaren Energien ausbauen. Wir brauchen einen raschen und sozial gut abgesicherten Strukturwandel in den Kohlerevieren. Wir wollen Inlands- und Kurzstreckenflüge reduzieren, Bus und Bahn ausbauen und in klimaneutrale Jobs investieren. Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale Strukturpolitik in wirtschaftlich abgehangenen Regionen und für Genossenschaften verwendet werden. Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung gleichberechtigt berücksichtigt werden.

11. Wie sähe nach ihrer Wunschvorstellung das deutsche Verkehrswesen im Jahr 2035 aus?

Meine Wunschvorstellung ist ein starkes europäisches Eisenbahnnetz, auf das auch der allergrößte Teil des Güterverkehrs verlagert werden kann. Industriebetriebe müssen dazu wieder ans Bahnnetz angeschlossen werden. Strecken, die als nicht wirtschaftlich gelten, müssen für den Personenverkehr reaktiviert werden. Wir brauchen Busse, die auch im ländlichen Raum die Anbindungen sicherstellen. Wo sich ihr Einsatz nicht lohnt, können Rufbussysteme die Mobilität sicherstellen. In den Städten ist der Autoverkehr durch autofreie Zonen und Tempolimits eingeschränkt, stattdessen gibt es gut ausgebaut Radwege. Die Mobilitätsangebote sind für alle Menschen kostenlos.

12. Wo sehen Sie Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern? Nennen Sie jeweils zwei Punkte, bei denen Sie Deutschland als Vorreiter und Schlusslicht der EU sehen. Und nennen Sie konkrete Lösungsvorschläge zu Letzterem.

Vorreiter:

Niedriglohnsektor: Deutschland hat einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa. Immer mehr Menschen arbeiten hier zu schlechten Löhnen und miesen Arbeitsbedingungen. Damit muss endlich Schluss sein.

Exportweltmeister: Deutschland ist hinter China Platz zwei. Wir sehen das allerdings weniger positiv. Denn das kommt unter anderem durch Waffenexporte und die Ausbeutung von Mensch und Umwelt zustande. Wir wollen darum ein Verbot von Waffenexporten und ein strenges Lieferkettengesetz.

Schlusslicht:

Bildungsgerechtigkeit: in kaum einem anderen Land in Europa ist der Bildungserfolg so sehr abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Darum brauchen wir die Schule für alle und eine Reform des BAföG

Digitalisierung: Die Netze müssen in öffentliche Hand und massiv ausgebaut und modernisiert werden.

13. Wieso ist Alkohol frei verkäuflich Cannabis aber nicht?

Meine Partei fordert die Legalisierung von Cannabis, bei gleichzeitigem Ausbau der Suchtprävention und –beratung.

14. Was halten Sie vom Wahlrecht ab 16 Jahren auf Bundesebene?

DIE LINKE tritt für die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre ein.

15. Wenn Sie die Möglichkeit hätten den Bundestag für einen Tag zu gestalten, was würden Sie tun und welche Message würden sie damit überbringen wollen?

Im neuen Bundestag hätte ich (außer einer starken LINKEN) gerne mehr Frauen, mehr junge Menschen, mehr Migrant:innen und mehr Menschen ohne Hochschulabschluss. Damit würden wir zeigen, dass das Parlament die Gesellschaft abbildet.